



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

108 | 13.09.2024

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor zwei Wochen erklärte der Vorstand der Volkswagen AG, dass der Konzern in einer tiefen Krise stecke. Anfang dieser Woche nun kündigte er die Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung, die Übernahmegarantie für Auszubildende und die Regelungen für die Leiharbeit bei VW. Wir fordern vom VW-Vorstand unter anderem ein Bekenntnis zum Standort Hannover und vom Rat ein Bekenntnis zum Industriestandort Hannover.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Bekenntnisse zum Standort Hannover

Volkswagen Nutzfahrzeuge (VWN) ist mit seinen 15.000 Beschäftigten und mit seiner beispielgebenden Ausbildungsstruktur die größte Arbeitgeberin wie auch einer der größten Ausbildungsbetriebe in der Region Hannover. Der VW-Standort Hannover steht für Innovation, auch im Kontext des Wandels zu mehr E-Mobilität. Der Volkswagen-Konzern insgesamt steht bisher für eine herausragende Kultur der betrieblichen Mitbestimmung und des Mottos „Guter Lohn für gute Arbeit“.

Eine Stadt für alle.



Dunkle Wolken über Volkswagen: Blick vom Kraftwerk Stöcken auf das Werk von VW Nutzfahrzeuge.



Dies alles sehen wir bedroht, und dies alles muss unserer Meinung nach erhalten bleiben. Die Volkswagen AG ist gefordert, Wege zu finden, den laufenden Strukturwandel in der Automobilität gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen, dem Betriebsrat und der Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie den Gewerkschaften, zu gestalten und die Arbeits- und Ausbildungsplätze am Standort Hannover zu erhalten.

Diese Forderungen haben wir in einer [Resolution](#) gebündelt, die heute im Wirtschaftsausschuss und am nächsten Donnerstag durch die Ratsversammlung beschlossen werden soll. Wir fordern nicht nur von Volkswagen ein Bekenntnis zum Standort Hannover, sondern verbinden dies mit einem Bekenntnis des Rates zum Industriestandort Hannover und mit einer Solidaritätserklärung des Rates mit den Beschäftigten bei VWN.



MusikZentrum: „MuZe bleibt“ und sagt „Danke!“

Vor einer Woche hat das Team des MusikZentrums sich bei allen Verantwortlichen für ihr Engagement bedankt, dass diese wichtige kulturelle Einrichtung erhalten bleibt. Einen entsprechenden [Antrag](#) hatten wir vor einem Jahr angesichts der wachsenden Gefahr vorgelegt, dass das Grundstück an der Emil-Meyer-Straße veräußert werden könnte und damit das MusikZentrum diesen Standort verlassen müsste. Dieser Antrag wird nun umgesetzt.

Sichtbar gut gelaunt nahmen den Dank des MusikZentrums neben anderen unsere Kulturdezernentin Eva Bender, unsere kulturpolitische Sprecherin Belgin Zaman und unsere Regionsdezernentin für Finanzen, Cordula Drautz, entgegen (v.r.).

Vorausgegangen war dem vor vier Monaten die gute [Nachricht](#), dass die Stadt das Grundstück kaufen werde. Über das besondere Vorkaufsrecht der Landeshauptstadt für dieses Grundstück soll der Rat am nächsten Donnerstag entscheiden. Damit werden auf dem Grundstück zugleich „bestehende gewerbliche, kulturelle und sportliche Nutzungen gesichert und die bestehende Nutzungsvielfalt durch weitere Flächen für Kultur, Sport und Jugend ergänzt werden“, wie es in der [Vorlage](#) heißt.

Jüdisches Leben sichtbarer machen

In einer [Anhörung](#) zu jüdischem Leben in Hannover vor knapp einem Jahr war festgestellt worden, dass jüdischer Glaube und jüdische Kultur zwar in einer großartigen Vielfalt in unserer Stadt gelebt würden, dass ihnen aber mit ausgeprägter Unkenntnis und vielfältigen Vorurteilen begegnet würde.

Gemeinsam mit den demokratischen Fraktionen des Rates haben wir deshalb nun einen [Antrag](#) vorgelegt, jüdisches Leben in all seinen Facetten viel sichtbarer zu machen und mehr Verständnis für einander zu entwickeln. Dabei sehen wir die Landeshauptstadt Hannover als Schulträgerin gefordert, gemeinsam mit dem Land Niedersachsen Konzepte zu entwickeln, wie die Schulen gestärkt werden können, Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen besser zu begegnen. Menschen jüdischen Glaubens in Hannover wollen wir durch präventive Arbeit vor Anfeindungen noch besser schützen.



Synagoge in der Haeckelstraße. © Axel Hindemith/[Wikimedia Commons](#)

Die jüdischen Einrichtungen betrachten wir hierbei als gute Partnerinnen, da sie über jene Expertise zum jüdischen Leben verfügen, die den Schulen oft fehlt. Das Zeitzentrum Zivilcourage als bereits bestehender außerschulischer Lernort für mehr Demokratiebildung soll mit seiner Expertise einbezogen werden.

Das Konzept erwarten wir vor der Sommerpause 2025. – Der Antrag steht heute auf der Tagesordnung des Kulturausschusses und wird in den nächsten Wochen noch im Internationalen Ausschuss sowie abschließend im Verwaltungsausschuss beraten werden.

Neu im FSJ Politik: Elisa Baum

Zum 1. September hat das neue Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) begonnen. Auch wir haben eine neue Freiwillige im FSJ Politik: Elisa Baum, die die nächsten zwölf Monate in unserer Fraktionsgeschäftsstelle arbeiten wird. Bis Ende September wird auch Aliya Celebi noch als FSJlerin in unserer Geschäftsstelle bleiben, da sie erst im Oktober 2023 ihr FSJ antreten konnte und dieses dementsprechend erst am 30. September enden wird. Aliya wird also die nächsten zwei Wochen noch mit Elisa zusammenarbeiten, die sich hier vorstellt:

*„Hallo, ich heiße Elisa, bin 19 Jahre alt und komme aus Elsfleth in der Nähe von Oldenburg. Jetzt wohne ich in Hannover. In meiner Freizeit spiele ich Tischtennis, treffe mich gern mit Freund*innen und lese viel.“*

Mein Interesse für politische Strukturen und Zusammenhänge habe ich in der Schule entdeckt und mich seitdem im Politik-Leistungskurs und in meiner Freizeit viel mit internationaler und nationaler Politik beschäftigt. Ich freue mich, ein FSJ bei der SPD-Ratsfraktion zu absolvieren und die Strukturen in der Kommunalpolitik besser kennenzulernen. Besonders freue ich mich auf neue Herausforderungen und Aufgaben in den nächsten Monaten.“



+++ Beschlussticker +++

Beschlossen hat der Verwaltungsausschuss gestern abschließend unseren gemeinsamen [Antrag](#) mit CDU und FDP, Kindern und Jugendlichen, die über den HannoverAktivPass verfügen, Ermäßigungen auf Ferienreisen und Freizeiten ins Ausland zu gewähren.

Unsere neue FSJlerin: Elisa Baum

Einstimmig beschlossen wurde im Verwaltungsausschuss gestern auch unser gemeinsamer [Antrag](#) mit Grünen und CDU, durch gezielte Ansprache auch neuer Zielgruppen mehr Pflegefamilien zu gewinnen und mehr Diversität in Pflegefamilien zu schaffen.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420; pixabay.com/clker-free-vector-images; SPD-Ratsfraktion
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

